

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
-----------------------	----

I. Teil. Einleitung

§ 1. Treu und Glauben im Zivilprozeßrecht

I. Einführung	29
II. Die Methode der Darstellung	30
III. Der Gang der Untersuchung	31

II. Teil.

Die Rechtsprechung und das Verbot des unglistigen Schaffens prozessualer Rechtslagen und Befugnisse

§ 2. Die Gerichtsstandswahl nach Rechtsprechungsgewohnheiten

I. Der Sachverhalt	34
II. Die Urteile des Oberlandesgerichts Hamm	35
III. Rechtliche Würdigung	35
A. Zu § 3 und § 24 UWG	35
B. Zu § 512 a ZPO	37
IV. Der Meinungsstand	37
A. Die Besprechungen der Urteile	37
B. Zum Begriff des Rechtsschutzbedürfnisses	38
C. Rechtsschutzbedürfnis und Treu und Glauben	39
V. Eigene Stellungnahme	40
A. Rechtsschutzbedürfnis und Treu und Glauben	40
B. Treu und Glauben und § 24 Abs. 2 UWG a. F.	43

C. Beurteilung nach der Einführung des § 24 Abs. 2 Satz 2 UWG	43
D. Zusammenfassung	45

§ 3. Der Rechtsmißbrauch durch das Anhängigmachen einer Ehesache

I. Der Sachverhalt	47
II. Der Beschuß des Kammergerichts Berlin	47
III. Rechtliche Würdigung	48
IV. Der Meinungsstand	48
A. Die Argumentation des Kammergerichts Berlin	48
B. Die Literatur	49
1. Treu und Glauben und Erschleichen des Gerichtsstands	49
2. Umgehung des gesetzlichen Richters des Art. 101 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz	50
V. Eigene Stellungnahme	51
A. Versuch einer prozessualen Lösung	51
B. Rückgriff auf den Grundsatz von Treu und Glauben	52
C. "Überspielen" der Entscheidung des gesetzlich zuständigen Richters	53
D. Zusammenfassung	54

§ 4. Die Berufung auf die Unzuständigkeit eines Gerichts und der Rechtsmißbrauch

I. Der Sachverhalt	55
II. Das Urteil des OLG Frankfurt am Main	55
III. Der Meinungsstand	55
A. Die Rechtsprechung	56

Inhaltsverzeichnis	13
B. Die Literatur	56
IV. Eigene Stellungnahme	57
A. Zum Urteil des OLG Frankfurt am Main	57
B. Exkurs zur Garantie des gesetzlichen Richters	57
§ 5. Das Erschleichen der Prozeßkostenhilfe	
I. Der Ausgangssachverhalt	59
A. Die Beschwerde gegen die Verweigerung der Gewährung der Prozeßkostenhilfe	59
B. Der Beschuß des Landgerichts Hannover	59
C. Rechtliche Würdigung	59
D. Die Rechtsprechung	59
E. Eigene Stellungnahme	61
II. Weitere Fälle	61
A. Die Sachverhalte	61
1. Erster Fall	61
2. Zweiter Fall	62
3. Dritter und vierter Fall	62
B. Die Entscheidungen	62
1. Erster Fall	62
2. Zweiter Fall	62
3. Dritter und vierter Fall	63
C. Rechtliche Würdigung	63
D. Der Meinungsstand	64

E. Eigene Stellungnahme	65
1. Sittenwidrigkeit der Abtretung	65
2. Teleologische Reduktion bzw. analoge Anwendung des § 157 Abs. 1 Satz 2 ZPO	66
3. Der Rückgriff auf den Grundsatz von Treu und Glauben	66

III. Teil

Die Rechtsprechung und das Verbot des widersprüchlichen Verhaltens (venire contra factum proprium)

§ 6. Die Rechtsmittelzurücknahme und der Rechtsmittelverzicht

I. Die zeitweilige Unklagbarkeit	68
A. Der Sachverhalt	68
B. Das Urteil des BGH	68
C. Rechtliche Würdigung	69
D. Der Meinungsstand	69
1. Die Rechtsprechung	69
2. Die Literatur	71
E. Eigene Stellungnahme	72
1. Die Einstweiligkeit der Vereinbarungen	72
2. Das Vorliegen eines Schiedsvertrags	72
II. Die nicht eingehaltene Verpflichtung zur Rechtsmittelzurücknahme	72
A. Der Sachverhalt	72
B. Das Urteil des BGH	73
C. Rechtliche Würdigung	73

Inhaltsverzeichnis	15
D. Der Meinungsstand	74
1. Die Rechtsprechung	74
2. Die Literatur	75
E. Eigene Stellungnahme	76
1. Vorrang der prozessualen Lösung	77
2. Vertragswidriges oder arglistiges Verhalten	77
3. Keine Berücksichtigung von Amts wegen	78
4. Zusammenfassung	78
III. Widerruf einer Rechtsmittelrücknahmeverklärung und Treu und Glauben	78
A. Der Sachverhalt	78
B. Der Beschuß des BGH	79
C. Rechtliche Würdigung	79
D. Der Meinungsstand	80
E. Eigene Stellungnahme	81
IV. Der Verzicht auf die Berufung und die Gegeneinrede der Arglist	82
A. Der Sachverhalt	82
B. Das Urteil des BGH	82
C. Rechtliche Würdigung	83
D. Der Meinungsstand	85
1. Die Rechtsprechung	85
a) Die Rechtsprechung und die Einrede der Arglist gegen den Rechtsmittelverzicht	85
b) Die Anfechtbarkeit von Prozeßhandlungen nach den Vorschriften des Zivilrechts	86

2. Die Literatur und die Einrede der Arglist gegen den Rechtsmittelverzicht	88
a) Die herrschende Meinung	88
b) Die Mindermeinung	89
aa) Die Anfechtbarkeit von Prozeßhandlungen nach den Vorschriften des Zivilrechts	90
bb) Die Gegeneinrede der Arglist	92
E. Eigene Stellungnahme	92
1. Zum Ergebnis des BGH	93
2. Die Anfechtbarkeit des Rechtsmittelverzichts nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts	93
a) Der einseitige Rechtsmittelverzicht als Prozeßhandlung	93
b) Die Anfechtbarkeit des Rechtsmittelverzichts nach den Vorschriften des Zivilrechts	94
3. Die Lösung mit Vorschriften des Zivilprozeßrechts	95
a) Analoge Anwendung des § 290 ZPO	95
b) Die Berechtigung der Anwendung des Grundsatzes von Treu und Glauben	96
4. Zusammenfassung	97

§ 7. Die Rechtsprechung in Patentnichtigkeitsstreitigkeiten

I. Der Sachverhalt	99
II. Der Beschuß des BGH	99
III. Rechtliche Würdigung	100
A. Die Aussetzung des Nichtigkeitsverfahrens	100
B. Die patentrechtlichen Fragen	101

	Inhaltsverzeichnis	17
IV.	Der Meinungsstand	101
A.	Die Rechtsprechung	101
1.	Erste Fallgruppe: Die (vertragliche) Nichtangriffsabrede	101
2.	Zweite Fallgruppe: Die vertragliche Vereinbarung ohne ausdrückliche Nichtangriffsabrede	103
3.	Dritte Fallgruppe: Das Fehlen einer vertraglichen Vereinbarung	105
B.	Die Literatur	105
V.	Eigene Stellungnahme	106

§ 8. Zustellung und Treu und Glauben

I.	Das arglistige Vereiteln der Zustellung	109
A.	Der Sachverhalt	109
B.	Das Urteil des BGH	110
C.	Rechtliche Würdigung	111
D.	Der Meinungsstand	111
1.	Die Rechtsprechung	111
2.	Die Literatur	112
E.	Eigene Stellungnahme	114
1.	Die Anwendung des Grundsatzes von Treu und Glauben	114
2.	Die Sanktionierung des treuwidrigen Verhaltens	116
3.	Zusammenfassung und Ergebnis	116
II.	Zustellungsmangel und Treu und Glauben	117
A.	Der Sachverhalt	117
B.	Das Urteil des OLG Hamm	118

C. Rechtliche Würdigung	118
D. Der Meinungsstand	119
1. Die Rechtsprechung	119
2. Die Literatur	120
E. Eigene Stellungnahme	121
III. Arglisteinwand bei fehlender Parteizustellung eines Arrestes	121
A. Der Sachverhalt	122
B. Das Urteil des OLG Celle	122
C. Rechtliche Würdigung	122
D. Der Meinungsstand	123
E. Eigene Stellungnahme	123
IV. Die rechtsmißbräuchliche öffentliche Zustellung	123
A. Der Sachverhalt	124
B. Die Entscheidung des BGH	124
C. Rechtliche Würdigung	125
D. Der Meinungsstand	125
1. Die Rechtsprechung	125
2. Die Literatur	127
a) Die herrschende Meinung	127
b) Die Mindermeinung	127
E. Eigene Stellungnahme	128
1. Die materiell-rechtliche Lösung	128
2. Die prozessuale Lösung	128
a) Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	129
b) Die Unwirksamkeit der Zustellung	129

Inhaltsverzeichnis	19
3. Ergebnis und Zusammenfassung	130
§ 9. Das Schiedsgerichtsverfahren und Treu und Glauben	
I. Die Berufung auf die Ungültigkeit eines Schiedsvertrags	131
A. Der Sachverhalt	131
B. Das Urteil des BGH	132
C. Rechtliche Würdigung	132
D. Der Meinungsstand	133
1. Die Rechtsprechung	133
2. Die Literatur	135
F. Eigene Stellungnahme	135
1. Die wechselseitige Berufung auf das jeweils andere Gericht	135
2. Die sonstigen Fälle	136
II. Treuwidrige Schiedsgerichtseinrede gegen die Aufrechnung	136
A. Der Sachverhalt	136
B. Die Entscheidung des OLG München	137
C. Rechtliche Würdigung	137
D. Der Meinungsstand	138
E. Eigene Stellungnahme	139
III. Arglistiges Erheben der Schiedseinrede	140
A. Der Sachverhalt	140
B. Das Urteil des BGH	140
C. Rechtliche Würdigung	141

D. Der Meinungsstand	141
E. Eigene Stellungnahme	142

IV. Teil.
Das Verbot des Mißbrauchs prozessualer Befugnisse

**§ 10. Das Unterlassen oder Verweigern einer Einwilligung zum
Parteiwechsel und zur Parteierweiterung und der Verstoß gegen Treu und
Glauben**

I. Die Verweigerung der Zustimmung zum gewillkürten Parteiwechsel	144
A. Der Sachverhalt	144
B. Das Urteil des BGH	145
II. Die Verweigerung der Zustimmung zur Parteierweiterung	145
A. Der Sachverhalt	145
B. Das Urteil des BGH	146
III. Rechtliche Würdigung	146
IV. Der Meinungsstand	148
A. Die Rechtsprechung	148
B. Die Literatur	150
1. Der gewillkürte Parteiwechsel	150
2. Die gewillkürte Parteierweiterung	151
V. Eigene Stellungnahme	151
A. Versuch einer prozessualen Lösung	151
B. Die Anwendung des Grundsatzes von Treu und Glauben	153

Inhaltsverzeichnis	21
C. Die Anwendung der Generalklausel auf die Sachverhalte	154
1. Der gewillkürte Parteiwechsel	154
2. Die gewillkürte Parteierweiterung	154
§ 11. Die mißbräuchliche Richterablehnung	
I. Die Sachverhalte	157
A. Erster Fall: Ablehnung von Richtern zur Prozeßverschleppung	157
B. Zweiter Fall: Wiederholtes Einbringen eines Ablehnungsgesuchs	157
C. Dritter Fall: Die Ablehnung eines nicht genehmten Richters	158
D. Vierter Fall: Das unsachliche Ablehnungsgesuch	158
II. Die Entscheidungen der Gerichte	158
A. Erster Fall: Der Beschuß des OLG Frankfurt am Main	158
B. Zweiter Fall: Der Beschuß des Kammergerichts	159
C. Dritter Fall: Der Beschuß des Hessischen Landessozialgerichts	159
D. Vierter Fall: Der Beschuß des OLG Stuttgart	160
III. Rechtliche Würdigung	160
IV. Der Meinungsstand	162
A. Die Rechtsprechung	162
B. Die Literatur	164

V. Eigene Stellungnahme	166
A. Die Mitwirkung des abgelehnten Richters an der Entscheidung	166
B. Versuch einer prozessualen Lösung	166
1. Analoge Anwendung des § 26 a StPO	167
2. Andere Punkte in der Prüfung der Zulässigkeit eines Ablehnungsgesuchs	168
a) Das Rechtsschutzbedürfnis	168
b) Die Statthaftigkeit des Ablehnungsgesuchs	169
c) Einhalten der Voraussetzungen des § 44 Abs. 1, 2 ZPO	169
d) Kein Entgegenstehen der Rechtskraft	170
e) Der Verstoß gegen Treu und Glauben	171
C. Trennung von Zulässigkeits- und Begründetheitsprüfung	171
D. Würdigung der besprochenen Fälle	171

§ 12. Die rechtsmißbräuchliche Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage im Aktienrecht

I. Die Sachverhalte	173
A. Erster Fall: Die Abweisung einer rechtsmißbräuchlichen Anfechtungsklage	173
B. Zweiter Fall: Der individuelle Rechtsmißbrauch bei Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen	173
II. Die Entscheidungen	174
A. Erster Fall: Das Urteil des BGH in Sachen "Industrie-Werke"	174
B. Zweiter Fall: Das Urteil des OLG Frankfurt am Main	175
III. Rechtliche Würdigung	175

Inhaltsverzeichnis	23
IV. Der Meinungsstand	176
A. Vorbemerkung	176
B. Die Rechtsprechung	177
1. Die Rechtsprechung bis BGHZ 107, 296 ff.	177
2. Die Rechtsprechung ab BGHZ 107, 296 ff.	178
3. Sonstige Rechtsprechung zum Mißbrauch aktienrechtlicher Klagen	182
C. Die Literatur	184
1. Die Besprechungen der Urteile	184
2. Die sonstige Literatur	185
V. Eigene Stellungnahme	188
A. Die Beurteilung des rechtsmißbräuchlichen Verhaltens	188
1. Das Verhalten im Verlauf des Klageverfahrens	189
2. Das Verhalten außerhalb des Klageverfahrens	189
3. Das Verhalten der Aktiengesellschaft	190
B. Prozessualer oder materiell-rechtlicher Verstoß gegen den Grundsatz von Treu und Glauben	190
1. Die Möglichkeit des Mißbrauchs aktienrechtlicher Klagen	190
2. Die Anfechtungsklage	191
3. Die Nichtigkeitsklage	192
C. Sonstige Fälle	193
1. Das Fehlen des Rechtsschutzbedürfnisses	193
2. Verstoß gegen das Verbot des <i>venire contra factum proprium</i>	193
3. Einrede des Vertrags	193
D. Zusammenfassung und Ergebnis	194

**V. Teil.
Die Verwirkung**

§ 13. Die Verwirkung der Klagebefugnis bei der Leistungsklage

I.	Der Sachverhalt	196
II.	Das Urteil des BGH	196
III.	Rechtliche Würdigung	197
IV.	Der Meinungsstand	198
	A. Die Rechtsprechung	198
	B. Die Literatur	199
V.	Eigene Stellungnahme	203

**§ 14. Die Verwirkung des Beschwerderechts bei einem
befristeten Rechtsmittel**

I.	Der Sachverhalt	205
II.	Der Beschuß des BGH	205
III.	Rechtliche Würdigung	206
IV.	Der Meinungsstand in der Rechtsprechung	206
V.	Eigene Stellungnahme	208

**VI. Teil.
Zusammenfassung**

§ 15. Zusammenfassung

Zusammenfassung

209

Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis

213